Nie wegsehen! Vom Mut, menschlich zu bleiben

Herausgegeben von Harald Roth



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.dnb.de abrufbar.

> ISBN 978-3-8012-0584-3 Copyright © 2020 by Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn [außer s. Verzeichnis der Rechte, S. 287]

> Umschlag: Petra Bähner, Köln Satz: Rohtext, Bonn Druck und Verarbeitung: CPI books, Leck Alle Rechte vorbehalten Printed in Germany 2020

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

Inhalt

Harald Roth	
Vorwort	9
Aleida Assmann	
Hinschauen und Wegschauen im Zeitalter sozialer Medien	15
Tanjev Schultz	
Nicht als Gaffer enden – Warum »Hinsehen« manchmal	
bedeutet, den Blick abzuwenden	27
Susan Sontag	
Das Leid anderer betrachten	33
Sibylle Thelen	
Hinschauer statt Zuschauer	37
Michael Butter	
Impfen hilft: Wann Verschwörungstheorien gefährlich	
sind und was man gegen sie tun kann	43
Svenja Flaßpöhler	
Corona-Tagebuch	40
Florian Roth	
Die Zivilgesellschaft in der Risikovorsorge:	
Leitbild »Resilienz« und die Auswirkungen der Corona-Krise	55
Lukas Bärfuss	
Mit wachen Sinnen und empfindsamen Herzen	,,
können wir die Gewalt erkennen	63
Norbert Frei	
Immer noch?	69
Frank Biess	
Vom Hinsehen und Wegsehen: Das Denkmal im	
Bayerischen Viertel und die Holocaust-Erinnerung heute	73
Heinrich Bedford-Strohm	
Nicht wensehen! Das darf nie wieder nassieren!	8.3

Michael Parak	
»Demokratie braucht engagierte Bürgerinnen und Bürger«	
Zur Arbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.	93
Hannah Arendt	
Flucht vor der Wirklichkeit – Leugnung von Tatsachen	105
Doğan Akhanlı	
»Fidelio« oder eine Liebeserklärung an eine Oper –	
Inszenierung in Bonn	109
Angela Borgstedt	
Couragiert und erhobenen Hauptes handeln	115
Peter Steinbach	
Von der Fähigkeit, geschockt zu sein	121
Mo Asumang	
Die Angst ist auf der anderen Seite	131
Walter Sittler	
Natürlich, die Leute mussten uns sehen	137
Micha Brumlik	
Moralische Globalisierung und die Erklärung	
von Stockholm	141
Michael Blume	
In »die dunklen Seiten des Herzens« schauen –	
Intellektuelle und emotionale Bildung gegen Antisemitismus	147
Lena Gorelik	
Ohne Donner	157
Romani Rose	
Nie wegsehen – Antiziganismus ächten	163
Konstantin Wecker	
Willy	169
Matthias Quent	
Stets weggesehen: Der verlogene Diskurs der	
»Mitte« zum neuen Rechtsradikalismus in Deutschland	173
Matthias Heine	
Aus dem Lexikon der Mörder	179
Heidrun Deborah Kämper	
Sprachkritik als gesellschaftliche Aufgabe -	
Demokratiefeindlicher und menschenverachtender Sprachgebrauch	185

Karl Braun	
Unbehausbare, Unbewirtbare:	
Zu Botho Strauß' »Anschwellender Bocksgesang«	195
Günter Burkhardt	
Flüchtlingsrechte, Menschenrechte und wir -	
70 Jahre Europäische Menschenrechtskonvention	207
Heribert Prantl	
Aus der Tiefe – Was die Geschichte von Jona und dem Walfisch	
zumeinen mit Ostern und zum anderen mit uns zu tun hat	213
Ingo Schulze	
Unsere Heilige	217
Hans-Otto Pörtner	
Klimaschutz: Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren	223
Alexander Repenning	
Wir sehen nur das, was wir uns vorstellen können	231
Tanja Busse	
Wie die biologische Vielfalt vor unseren Augen verschwindet -	
und warum das auch für uns gefährlich wird	237
Tanja von Bodelschwingh	
Rufen Sie uns an - auch im Zweifelsfall:	
Hilfetelefon Sexueller Missbrauch	245
Dierk Borstel	
Wie sieht man die »Unsichtbaren«?	
Versteckte Not mitten unter uns	251
Robert Lüdecke	
Marginalisiert in Leben und Tod -	
Wohnungslose als Opfer rechter Gewalt	259
Ulrich Schneider	
Nichts sehen wollen ist auch keine Lösung –	
Über interessengeleitete Ignoranz in der Armutsdebatte	265
Ulrich Lilie	
Augen auf!	271
Über die Autor*innen	279
Verzeichnis der Rechte	287

Vorwort

Harald Roth

Im Zentrum des Sammelbandes steht die Beobachtung, dass Menschen soziale und politische Probleme und Fragen von »anderen« lösen lassen, sich wegdrehen, sich entpolitisieren, das Feld den Lautesten überlassen und Angst haben vor der eigenen Zivilcourage. Im Alltag schauen wir zu oft weg. Wegsehen ist jedoch Gift für die Demokratie und das gesellschaftliche Leben.

Der Bogen der Ignoranz und Passivität ist weit gespannt: Das geht vom Umgang mit flüchtenden Menschen und Emigranten, der Gewalt gegenüber Minderheiten, über Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus, der Verrohung der Sprache, der Hetze im Netz, sexuellem Missbrauch hin zu Fragen der Armut und sozialen Ungleichheit und – nicht zuletzt – des Klimawandels und der Zerstörung der natürlichen Ressourcen.

Die Autoren und Autorinnen analysieren in ihren Beiträgen diese besorgniserregenden Phänome, zeigen aber auch Gegenstrategien auf und nennen Beispiele für das beherzte Eingreifen von Einzelnen, vom Mut menschlich zu bleiben. Das Hinsehen ist nämlich nur der erste Schritt, dem das Tun folgen muss. Eine weltoffene Gesellschaft lebt vom zivilgesellschaftlichen Engagement ihrer Bürger*innen. Organisationen, die sich auf vielfältige und vorbildliche Weise einmischen, stellen sich in dem Sammelband vor und fordern zur Mitarbeit auf. Auffallend ist, dass immer mehr Menschen bereit sind zu helfen, sich auf einer niedrigschwelligen Ebene selbstlos einbringen, ohne sich auf Dauer an eine der etablierten Organisationen zu binden. Risikoerfahrungen schüren nicht nur Egoismen, sondern können auch generationenübergreifende Akte der Solidarität mobilisieren und einer sozialen Polarisierung entgegenwirken. Die Not stärkt den Gemeinsinn und Zusammenhalt.

Aufbau von digitalen Netzwerken, temporäre Nachbarschaftshilfe: die Corona-Pandemie bietet hierzu eine Fülle von beeindruckenden Beispielen. Ohne die freiwillige Beteiligung der Bürger*innen lassen sich Krisen und Katastrophen, die die Verwundbarkeit von komplexen Systemen offenbaren, nicht bewältigen.

Erforderlich ist vielmehr ein effektives Zusammenspiel von staatlichen Eingriffen und zivilgesellschaftlichem Engagement. Nicht übersehen werden darf, dass die Sensibilität und Solidarität nach innen mit einer Teilnahmslosigkeit, ja sogar aggressiven Abwehr nach außen einhergehen kann. Empathie und Fürsorge erfahren dann nur Menschen, die uns nahestehen, Angehörige der eigenen Gruppe; mein Kollektiv zuerst. Der Blick auf menschenunwürdige Zustände außerhalb des meist national definierten Territoriums stört nicht und fordert nicht zu einem Eingreifen auf. Die Solidarität Europas oder der Weltgemeinschaft – viel zu oft ein Appell ohne praktische Auswirkungen. Wobei gerade die Corona-Krise lehrt, dass rein nationalstaatliche Lösungen sich als unzureichend oder gar kontraproduktiv erweisen.

Im Internet verbreiten sich die Fotos und Videos der Augenzeugen, die menschenfeindliche Übergriffe dokumentieren, »viral« und können, wie im Fall der rassistischen Polizeigewalt, die zum Tod des Afroamerikaners George Floyd führte, zu einem Fanal des weltweiten Protestes und der Gegenwehr werden. Die Konfrontation mit immer drastischeren visuellen Eindrücken führt jedoch keineswegs automatisch zu einer mitfühlenden Teilnahme am Leid der anderen; im Gegenteil: Die Bilderflut, die den Einzelnen überfordert, hat häufig Gewöhnung und Abstumpfung zur Folge. Apathie statt Empathie. Die Dosis muss erhöht werden, um den Betrachter für einen Moment zu erreichen, bevor der nächste optische Kick erfolgt. Zusehen, wenn Unrecht geschieht, zusehen, wenn Menschen diffamiert werden: Wenn der Kontext ausgeblendet wird und ein moralischer Kompass fehlt, bleibt das Hinsehen folgenlos - kein Aufschrei der Teilnahmslosen. Das Hinsehen und das Hinhören, die Aufmerksamkeit für fremdes Leid fordert

10 Vorwort

eine humane Grundhaltung, fordert den ganzen Menschen, um den »Mantel der Gleichgültigkeit zu zerreißen« (Weiße Rose, 5. Flugblatt).

Viele Beiträge beziehen sich – explizit oder implizit – auf die Menschheitsverbrechen der Nationalsozialisten und das folgenschwere Versagen der Mehrheitsgesellschaft: Die selbstkritische Auseinandersetzung mit dem mörderischen Krieg führte zu dem Appell: »Nie wieder Krieg!« Der Holocaust ist nach wie vor der zentrale Referenzrahmen der politischen Identität Deutschlands: »Nie wieder Auschwitz!« Der Zivilisationsbruch führte dazu, dass universale Menschenrechte im Grundgesetz verankert wurden: »Die Würde des Menschen ist unantastbar«. Die Schutzmechanismen der wehrhaften Demokratie sollen den Rückfall in die Barbarei verhindern. Die Appelle zu erhöhter Wachsamkeit vor autoritären Strukturen und demokratiefeindlichen Tendenzen wurzeln in der historischen Erfahrung, dass viel zu lange weggeschaut wurde, Alarmzeichen nicht wahrgenommen wurden. »Nie wieder Diktatur!«

»Die Gewalttätigkeit, ob ›sinnvoll‹ oder ›sinnlos‹, ereignet sich vor unseren Augen. Sie geistert, in einzelnen und privaten Begebenheiten oder auch als vom Staat getragene Illegalität. (...) Sie wartet nur auf den neuen Hanswurst (an Kandidaten fehlt es nicht), der die Gewalttätigkeit organsiert, sie legalisiert, sie als notwendig und geboten erklärt und die Welt vergiftet. (...) Daher müssen wir unsere Sinne schärfen, den Propheten, den Zauberern und all denen misstrauen, die ›schöne Worte‹ sprechen und schreiben, die durch keine guten Gründe gestützt sind.«

(Primo Levi, Die Untergegangenen und die Geretteten, 1986)

Genau hinhören, auf die Zwischentöne achten: Sprachkritik ist ein unerlässliche gesellschaftliche Aufgabe; im digitalen Zeitalter ist Medienkompetenz notwendiger denn je. Eine zukunftsorientiere Erinnerungskultur sollte junge Menschen sensibilisieren, frühzeitig Gefahren für die Demokratie und den Rechtsstaat zu erkennen und Gegenkräfte zu mobilisieren.

Harald Roth 11

Für die Anthologie haben wir bewusst den Titel »Nie wegsehen« gewählt. Warum der Verzicht auf das historisierende »Wieder«? Die Globalisierung bringt anders geartete Gefahren und Herausforderungen mit sich. Die Verflechtung und damit die Verwundbarkeit scheinbar stabiler Systeme führt uns auf existenzielle Weise die Corona-Pandemie vor Augen. Die herkömmlichen Wahrnehmungs- und Handlungsmuster greifen hier nur bedingt; neue Frühwarnsysteme müssen folglich installiert werden. So hat die grenzüberschreitende Digitalisierung massive Beschränkungen von Bürgerrechten zur Folge. Moderne Kommunikationsstrukturen beeinflussen tradierte Formen der Partizipation bis hin zur manipulativen Wahlfälschung. Populistische Strömungen spielen geschickt auf der Klaviatur der sozialen Netzwerke; über das Smartphone lassen sich »alternative« Fakten und Verschwörungsmythen in einem rasanten Tempo grenzenlos verbreiten.

Der Klimawandel und der Verlust der Artenvielfalt sind Phänomene, die erst in den letzten Jahren ins Zentrum der Wahrnehmung und des politischen Handelns gerückt sind. Doch auch hier gilt die Beobachtung: Allzu lange machten wir es uns bequem, die Zeichen der Veränderung in Umwelt und Natur wollten wir nicht wahrnehmen, obwohl von wissenschaftlicher Seite eindeutige Belege für eine dramatische Entwicklung im erdumspannenden Ausmaß vorlagen und auf die Dringlichkeit der Bedrohungen hingewiesen wurde. Die verheerenden Folgen der von Menschen verursachten Katastrophen sind nicht mehr zu übersehen. Junge Leute fordern, unterstützt von renommierten Wissenschaftler*innen, radikale Transformationsprozesse, um eine irreversible Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts zu stoppen.

Die junge Generation erprobt neue Formen des Protests und des Widerstands, um eine grundlegende Kurskorrektur von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu erzwingen. Sie will sich nicht mehr mit kleinen Schritten abspeisen lassen.

Die Zukunft stehe auf dem Spiel. Um der Bewohnbarkeit des Planeten willen sei eine radikale Umkehr – auf individueller und

12 Vorwort

kollektiver Ebene – erforderlich. Zwischen der Klima- und Biodiversitätskrise und der Corona-Pandemie bestehe ein direkter Zusammenhang, verstärkte und nachhaltige Anstrengungen zum Schutz des Klimas und der Arten seien daher erforderlich.

Mobbing am Arbeitsplatz, sexuelle Belästigung von Frauen, Kinderarbeit, Ausbeutung von Textilarbeiterinnen in Niedriglohnländern, menschenunwürdige Bedingungen in der Fleischindustrie, Bedrohung der indigenen Bevölkerung Amazoniens, Verfolgung kritischer Journalist*innen weltweit, Hunger, Krankheit und Elend in den von Kriegen zerstörten Regionen. Die wenigen Stichworte genügen, um aufzuzeigen, dass es noch viele Facetten gibt, die in dem Sammelband leider nicht beleuchtet werden konnten.

Die blinden Flecken von heute sind die drängende Realität von morgen – im schlimmsten Fall die Katastrophen, die wir nicht kommen sahen oder nicht kommen sehen wollten. Wachsam sein ist daher eine immerwährende Aufgabe. Genau hinsehen und -hören, Ereignisse verstehen und bewerten und die eigenen Interventionsmöglichkeiten ausloten – dazu ist ein Kompass erforderlich. Essenziell für die Aufklärung der Bürger*innen in der Demokratie sind eine werteorientierte Allgemeinbildung und eine vielfältige, unabhängige und kritische Medienlandschaft.

Yes 'n' how many times can a man turn his head, Pretending he just doesn't see?
The answer, my friend, is blowing in the wind, The answer is blowin' in the wind.
Bob Dylan

Wenn die Menschen des 21. Jahrhunderts existenzielle Herausforderungen wie den drohenden ökologischen Kollaps bewältigen wollen, dürfen sie nicht wegschauen und die Antworten dem freien Spiel der Kräfte überlassen. Da die Grundlagen der menschlichen Zivilisation gefährdet sind, reichen nationale Lösungen nicht aus. Einzig eine globale Perspektive wird den drängenden Problemen gerecht.

Harald Roth 13

Hinschauen und Wegschauen im Zeitalter sozialer Medien

Aleida Assmann

Digitales Hinschauen

Heute ist der 30. Mai 2020. Soeben habe ich den Aufruf der Internet Plattform Avaaz unterschrieben, die sich gegen den latenten Rassismus in den USA und für die Rechte und Würde der Schwarzen in dieser Gesellschaft einsetzt. Die Ereignisse der letzten Tage überstürzten sich: Am 25. Mai hatte der 46-jährige Afroamerikaner George Floyd, Vater zweier Kinder, der in der Corona-Zeit arbeitslos geworden ist, mit einem gefälschten Scheck über 20 Dollar Nahrungsmittel zu erwerben versucht. Das Lokal alarmierte die Polizei, vier Beamte verfolgten ihn, holten ihn aus seinem Auto heraus und legten ihm Handschellen an. Vor dem Auto hielten die vier ihn fest und warteten auf einen Abtransport. Währenddessen lag Floyd mit dem Kopf auf der Straße, während einer der Polizisten mit seinem Knie auf seinen Hals drückte. Das waren die letzten Minuten seines Lebens. Es geschah nicht auf einer Polizeistation wie bei Eric Garner, dem asthmakranken Afroamerikaner, der am 17. Juli 2014 auf Staten Island von Polizisten erstickt wurde und über den Carolin Emcke so bewegend in ihrem Buch Gegen den Hass geschrieben hat. Es geschah auf einer belebten Straße in Minneapolis vor den Augen der Öffentlichkeit. Drei haben dabei weggeschaut. Das waren die beteiligten Polizisten, die von den Passanten wiederholt aufgefordert wurden, einzugreifen. Keiner kam dem Sterbenden zu Hilfe.

Hinschauen und Wegschauen haben im Zeitalter der digitalen Medien eine ganz neue Dimension gewonnen. Zunächst waren es die vorbeikommenden Passanten, die hingeschaut haben und zu Augenzeugen am Tatort wurden. Eine von ihnen hat den Vorfall mit ihrem Smartphone gefilmt und weitergeleitet. Dadurch hat sie nicht nur eine juristische Quelle der Evidenz produziert, die bei einem Gerichtsverfahren eine Rolle spielen kann, sondern auch im Handumdrehen die Zahl der sekundären Augenzeugen vervielfacht. Das Internet ist ein Multiplikator, dessen Potenz nur mit dem Corona-Virus verglichen werden kann, weshalb wir diese rapide Form der digitalen Verbreitung auch metaphorisch als »viral« bezeichnen.

Während ich dieses auf meinem Mac schreibe, werden mir oben rechts auf dem Bildschirm ungefragt Flash Infos mit eingehenden Nachrichten angezeigt. Darunter sind auch Verkehrsunfälle, Gewaltverbrechen und Katastrophenmitteilungen aus aller Welt. Die Informationen blitzen auf und verschwinden gleich wieder. Ähnliches passiert beim Zeitunglesen: man blättert weiter, im Fernsehen wechselt man den Kanal oder schaltet das Gerät ab. Wegschauen ist der alltägliche Modus des über die Runden Kommens, denn unsere eng begrenzte Aufmerksamkeits-Ökonomie lässt es nicht zu, dass wir uns auf alles einlassen und uns alles zu Herzen nehmen, geschweige denn aktiv eingreifen. Wann ist also das Wegschauen eine Überlebenstechnik im Informationszeitalter und wann ist es ein moralischer Skandal?

Öffentliches Wegschauen

Eine mögliche Antwort auf die Frage lautet: wenn Wegschauen nicht nur privat praktiziert wird, was ja jedem freisteht, sondern den historischen Kern der deutschen Identität betrifft und öffentlich propagiert wird. Das einschlägige Beispiel dafür ist die Friedenspreisrede Martin Walsers 1998 in der Frankfurter Paulskirche. Die öffentlichen Medien wie Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen hatten nach dem Historikerstreit 1986 die Erinnerung an den Holocaust erneuert und dabei die Zahl der Sendungen über die damit verbundenen Gewaltereignisse erheblich erhöht. Auf diese Bilder

und Berichte reagierte Martin Walser ähnlich wie die deutsche Bevölkerung, als die Alliierten sie im Mai 1945 zwangen, die befreiten Konzentrationslager mit ihren Leichenbergen zu besichtigen. Die, die lange weggeschaut hatten, wurden nun zum Hinschauen genötigt. Walser leugnete nicht das Menschheitsverbrechen, aber er reklamierte mit einer Stimme, die vor Kühnheit zitterte, das Recht, wegschauen zu dürfen und sich nicht immer wieder dieser tief beschämenden »Präsentation unserer Schande« aussetzen zu müssen.

Hätte Walser zuhause einfach den Fernseher abgedreht oder in den Zeitungen entsprechende Artikel überschlagen, wäre nichts passiert. Zu einem moralischen Problem wurde erst der öffentlich von ihm proklamierte Zumutungscharakter dieses Hinschauen-Müssens und als Antwort darauf sein trotziger Anspruch auf ein Recht des Wegschauens und seine Forderung nach Entlassung aus dem »grausamen Erinnerungsdienst«. Dass er damals einem erheblichen Teil der Bevölkerung aus der Seele gesprochen hat, zeigten die mehr als 1.000 Bestätigungsbriefe, die anschließend bei ihm eingingen. Heute ist die Gruppe derer, die sich öffentlich dem verweigern, was inzwischen als >deutsche Erinnerungskultur« bezeichnet wird, nicht mehr latent, sondern ist sichtbar geworden und sitzt im Parlament. Walsers Weg war ein ganz anderer. Die Aufhebung seiner Empathie-Blockade und die damit verbundene Bereitschaft zum Hinschauen kam für ihn 15 Jahre später, als er seinen Nationalstolz überwand und durch Vermittlung einer Bekannten einen Einblick in die jiddische Literatur erhielt. Daraus entstand sein Essay Shmekendikeblumen: Ein Denkmal / A dermonung für Sholem Yankev Abramovitsh (2014), in dem er sich der jiddischen Kultur annäherte und innerlich gegenüber den jüdischen Opfern öffnete.

Eine neue Form digitaler Öffentlichkeit

Die technischen Medien spielen bei der Frage des Hin- oder Wegschauens eine immer größere Rolle. Acht Jahre nach Walsers Friedenspreisrede entstand das soziale Netzwerk Facebook, mit dem

eine neue Form von Öffentlichkeit entstand. Die alte Opposition von >privat versus öffentlich< wurde durch neue Kommunikationskanäle aufgelöst, die einzelne private Nutzer global miteinander verbinden und diese damit zu einer neuen Form von Öffentlichkeit beitragen. Die Medienphilosophin Mercedes Bunz hat die besondere Rolle, die die sozialen Medien beim Hinschauen spielen, genauer herausgearbeitet und dabei auf ihre wichtige politische Funktion bei der Herstellung von Evidenz und Zeugenschaft hingewiesen. Sie schreibt, dass »mit der Verbreitung hochauflösender Digitalkameras in Mobiltelefonen« zur Normalität geworden ist, was sie als das verteilte Aufzeichnen eines Ereignisses bezeichnet.1 »Die digitalen Medien treten dabei als eine Art von zweiten Zeugen neben die unmittelbare Anschauung«. (96) Aus unterschiedlichen Positionen aufgenommene Ereignisse können auf diese Weise ihre faktische Wahrheit bekräftigen. Die sich »wiederholenden Berichte aus unterschiedlichen Quellen sind das Kriterium für die Wahrheit digitaler Inhalte.« (125) Bei politischen Bewegungen wie der arabischen Revolution war es »die Vielstimmigkeit, die den unsicheren Wahrheitsanspruch digitaler Inhalte« bekräftigte. (132) Gerade dort, wo die staatliche Zensur der Meinungsfreiheit enge Fesseln auferlegt, kann sich mithilfe dieser Technologie eine »ehedem dumme Masse« in eine »clevere Meute« verwandeln. (146) Denn wo »ein politischer Wille entstanden ist, erleichtert es das Internet, ihm Ausdruck zu verleihen«. (145)

Alle diese Einsichten sind von größter Bedeutung für die Frage des Hinschauens und Wegschauens. Um noch einmal auf George Floyd zurückzukommen: nicht allein die Zeugenschaft, sondern erst die digitale Aufzeichnung und Weiterleitung der Gewaltszene auf der Straße durch die Passantin XY hat die Qualität dieses Ereignisses vollständig verändert. Sie war die Voraussetzung dafür, dass das Ereignis viral wurde, eine wachsende globale Masse von weiteren Zeugen erreichte und die anonyme Masse vor Ort in eine sintelligente Meute« mit einem politischen Willen verwandelte. Ohne diesen massiven Druck hätte unter den vorhandenen staatlichen Rahmenbedingungen zwar eine Entlassung der Polizisten,

aber kaum eine ernsthafte Strafverfolgung stattgefunden. Das Video stützt nun die Zeugenschaft als materielle Evidenz und gerichtliche Quelle für eine Strafverfolgung.

Der Alltags-Rassismus

Der Tumult und die Unruhen, die die Vereinigten Staaten gerade tiefgreifend erschüttern, rühren an das Problem des Alltags-Rassismus, das besonders in den Institutionen wie der Polizei und der Justiz tief verankert ist. Als eine Parallele wäre hier der latente Nationalsozialismus in der frühen Bundesrepublik zu nennen, der sich ebenfalls in den Institutionen der Polizei und der Justiz gut konserviert hat und heute auch in der Bundeswehr zeigt. Mein Beispiel für die *Polizei* ist das sogenannte Hotel Silber, ein Gebäude aus dem 19. Jahrhundert in Stuttgart, das während der NS-Zeit als Gestapo-Zentrale gedient hat und in das nach dem Krieg die Polizei einzog – ohne dabei die Räume, in die sie hineinzog, einschließlich der Folterkeller irgendwie historisch zu kennzeichnen.

Mein Beispiel für die *Justiz* ist der einsame Staatsanwalt Fritz Bauer, eine unbequeme Figur in den 1960er-Jahren, der seit Kurzem von den Medien zurecht als Held der Demokratie wiederentdeckt wurde. Er hat die Auschwitzprozesse in Frankfurt organisiert und wollte weitere NS-Prozesse auf den Weg bringen, wobei er von der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg tatkräftig unterstützt wurde. Diese Sammlungsstelle hatte allerdings keine juristische Vollmacht. Sie musste mit Gerichten zusammenarbeiten, die diese Informationen nur sehr zögerlich und widerwillig in wirkliche Prozesse verwandelten.

Den Rassismus in den USA hat der Schriftsteller James Baldwin immer wieder mit klaren Worten zum Thema gemacht. In einem Vortrag im Jahr 1969 hat er drei beeindruckende Thesen vertreten.

1. Die Bürgerrechtsbewegung war keine Bürgerrechtsbewegung. Denn warum sollten Bürger überhaupt genötigt sein, für ihre Rechte

zu kämpfen? Jeder Staat garantiert seinen Bürgern ja Bürgerrechte. Da er das in den USA nicht für die Schwarzen tut, müssen diese in diesem Staat für ihre Menschenrechte kämpfen. 2. In den USA gibt es einen festen übergreifenden Konsens, der lautet: keiner möchte als Schwarzer oder Schwarze geboren sein. 3. Die Schwarzen sind von den Weißen als Sklaven auf den amerikanischen Kontinent verschleppt worden. Nun sind sie da und werden nicht verschwinden. All das bedeutet: der Rassismus muss überwunden werden, wenn er nicht noch weiter Gewalt schüren soll.

Systemische Gewalt gegen Afroamerikaner

In diesem Licht hat auch die Professorin Keeanga-Yamahtta Taylor von der Universität Princeton in der *New York Times* den Mord an George Floyd kommentiert. Sie sieht in dem Mord an einem unbewaffneten Schwarzen durch einen Weißen eine »Rückkehr zum Normalzustand« des amerikanischen Alltagsrassismus inmitten des Ausnahmezustands der Corona-Pandemie. Die afroamerikanische Bevölkerung hat unter der Krankheit besonders zu leiden und beklagt besonders hohe Opferzahlen, die viel mit der mangelhaften sozialen Sicherung zu tun haben. Da der Staat, der Gewalt gegen Schwarze duldet und ausübt, nicht fähig ist, einen Wandel einzuleiten, müssen die Menschen auf die Straße gehen. Sie müssen dabei die Sicherheitsmaßnahmen der Pandemie ignorieren und ihr Leben riskieren, um für ihre Freiheit und gegen die Schikanen und Gewalt der Polizei zu demonstrieren.

»Als Schwarzer in den Vereinigten Staaten zu leben sollte kein Todesurteil sein«, kommentierte der weiße Bürgermeister Jacob Frey. Dass bei diesem Mord vor aller Augen die Afroamerikaner besonders hinschauen, ist klar. Sie fühlen sich nach Eric Garner in New York und Michael Brown in Ferguson mit jedem weiteren Polizistenmord selbst getroffen und unmittelbar bedroht. Für die Rechte der Schwarzen engagieren sich aber auch mehr und mehr Weiße. Sie schauen nicht mehr weg, sondern hin. Der Protest ist

dabei nicht mehr wie in den 1960er-Jahren der einer Bürgerrechtsbewegung, noch der einer Menschenrechtsbewegung. Jetzt geht es explizit um den Rassismus in der eigenen Gesellschaft. Das ist nicht mehr nur das Problem der Schwarzen, sondern auch das Problem der Weißen. Die Frage dabei ist nur: wie artikuliert sich dieses Hinschauen auch grade der Weißen und was kann es bewirken?

Bei den Inszenierungen der Identitätspolitik ist es stets die Gruppe der Diskriminierten und Marginalisierten, die sich in ihren Protesten und Selbstdarstellungen äußert. Nach dieser Logik ist es sogar illegitim, im Namen der anderen zu sprechen, weil diese Geste als eine Form der Aneignung und Unterdrückung angesehen wird. Identitätspolitik bedeutet deshalb, dass nur die Stimmen der Betroffenen selbst zählen, weil nur sie existenziell authentisch sind und damit Gewicht und Legitimität haben. Diese Ermächtigung zum Selbersprechen war politisch dringend geboten, aber sie hat auch ihre Probleme. Die Praxis, dass jeder und jede nur für sich selbst und die eigene Gruppe sprechen kann, hat zu einer Fragmentierung der Gesellschaft geführt. Diese Fragmentierung hat die Spaltung der Gesellschaft weiter vorangetrieben, die ja bereits durch wirtschaftliche und politische Lobbies gespalten ist und nun gänzlich den Blick auf allgemeine Missstände und Probleme zu verlieren droht. Wie kann man in einer solchen Gesellschaft Solidarität wiederherstellen? Ich möchte hier ein paar Beispiele anfügen, die die Geschichte des Wegschauens und Hinschauens grundlegend verändert haben.

Solidarität statt Identität. Vier Beispiele

Am 19. Januar 2007 fiel der 53-jährige türkisch-armenische Schriftsteller, Journalist und Menschenrechtsaktivist Hrant Dink in Istanbul einem rassistisch motivierten Mord zum Opfer. Dink hatte die Massaker an den Armeniern als »Völkermord« bezeichnet. In der türkischen Verfassung gibt es einen Paragrafen, der die Beleidigung des Türkentums unter Strafe stellt. Das war Grund für den 16-jäh-

rigen Nationalisten Ogün Samast, drei Schüsse auf Dink vor dem Verlagshaus seiner türkisch-armenischen Zeitung *Agos* abzugeben, die für Versöhnung zwischen Türken und Armeneiern eintritt. Präsident Erdogan verurteilte zwar die Tat, nahm aber nicht an der Beerdigung teil. Bilder zeigten indessen, wie der Täter auf der Polizeistation als Held gefeiert wurde.

Eine Aufklärung der Umstände des Mordes hat es nie gegeben. Einige vermuten, dass die Tat von der Regierung in Auftrag gegeben war. Am Tag seiner Beerdigung am 23. Januar geschah ein Wunder. Tausende Türken reihten sich in den Trauerzug ein. Sie trugen Plakate mit der Aufschrift: »Wir sind alle Hrant Dink!« beziehungsweise »Wir sind alle Armenier!« Diese ungekannte Solidaritätsbekundung ist in der Türkei inzwischen regelmäßig wiederholt und erneuert worden. Am zehnten Jahrestag der Ermordung waren 2017 wieder Tausende auf den Straßen Istanbuls mit den Schildern »Wir sind alle Armenier« unterwegs.

Nach der Präsidentschaftswahl am 12. Juni 2009 in Iran kam es zu wochenlangen Protesten derer, die Ihre Stimmen bei der Wahl nicht berücksichtigt sahen. Sie gingen deshalb auf die Straße mit der Frage: »Wo ist meine Stimme geblieben?« und setzten sich auf diese Weise für ihre Bürgerrechte ein. Die friedlichen Demonstranten trafen auf eine staatliche Gegenwehr, die sich von Tag zu Tag verschärfte. Als immer deutlicher wurde, dass die Wahlen massiv manipuliert worden waren, nahm auch die junge Studentin Neda an den Protesten teil, obwohl sie selbst gar nicht gewählt hatte. Das war am 20. Juni, dem Tag der größten Protestaktionen in der Islamischen Republik. Zusammen mit einigen Freunden beobachtete sie von einer Nebenstraße aus die Ereignisse, als sie plötzlich von einer Kugel getroffen wurde. Innerhalb von Minuten verblutete sie auf der Straße. Zwei weitere fremde Personen unterstützten sie: ein Arzt, der medizinisch nichts mehr für sie tun konnte, aber sich sofort als Augenzeuge bekannte, und ein Passant, der den Vorfall mit seiner Handykamera filmte. Noch am selben Tag wurde der Clip mit dem Zeugnis des Arztes und dem Videofilm ins Internet hochgeladen, umgehend multipliziert und in alle Richtungen verschickt. Alle Versuche der iranischen Regierung, diese Bilder zu löschen, scheiterten; nach einer Stunde waren sie einmal um die Welt gegangen. Die Wirkung des Protests ging aber noch weiter. Im Juli zum Beispiel solidarisierten sich Menschen in Paris mit den Forderungen der Demonstranten in Teheran auf eine besondere Weise. Sie vervielfältigten das Porträt von Neda, hielten es wie eine Maske vor ihr Gesicht, trugen eine weiße Rose und riefen: »Wir sind alle Neda!« Die Bilder wiederum, die von dieser Demonstration um die Welt gingen, wirkten sich in der Öffentlichkeit wie das Ausagieren des Alptraums des iranischen Staatsapparats aus: Anstatt die Anhänger der widerständigen Demokratiebewegung schnell verstummen und verschwinden zu lassen, taucht das Bild der ermordeten Neda tausendfach wieder auf – zum fortgesetzten Hinschauen.

Ein Jahr später, Ende 2010, verfolgten Menschen in aller Welt die arabische Rebellion auf dem Tahrir-Platz in Kairo. Von hier aus leiteten Teilnehmer der Protestbewegung Handy-Bilder mithilfe der Plattformen Twitter oder Facebook weiter – vorbei an den offiziellen Staatsmedien. Auf diese Weise schufen sie eine globale Medienöffentlichkeit, in der sie ihre politische Empörung ebenso ausdrückten wie ihren Wunsch nach einem besseren Leben. Aber es geschah noch mehr: »Unter anderem mithilfe der Facebook-Seite »We are all Khaled Said«, benannt nach einem jungen Ägypter, der 2010 unter unaufgeklärten Umständen in Polizeigewahrsam zu Tode kam, verabredete man sich für den 25. Januar 2011, um die Empörung gemeinsam auf die Straße zu tragen.« (Bunz, 144-145)

Mein viertes Beispiel: Paris wurde am 7. Januar 2015 durch den islamistischen Terroranschlag auf die Redakteure des Satire Magazins *Charlie Hebdo* erschüttert. Die Terroristen erschossen in den Räumen der Zeitschrift zwölf Menschen und am folgenden Tag einen Polizisten und in einem koscheren Supermarkt weitere vier Menschen. Die ganze Stadt erstarrte in Schrecken und Trauer. Sie zogen durch die Straßen von Paris und trugen dabei Plakate, die im Design den Plakaten für Hrant Dink frappierend ähnlich waren. In

Paris stand auf dem Plakat: »Je suis Charlie«. Diese Beispiele zeigen, wie sich Hin- und Wegschauen in einer globalisierten Internetund Mediengesellschaft neu organisieren und wie die Protest- und Trauerbewegungen an einem Ort von anderen Orten lernen kann.

Verbindungen von einem Fall zu einem anderen Fall

Zurück zu unserer Gegenwart. Fünf Tage nach dem Tod von George Floyd am 30. Mai 2020 kam es zu einem Vorfall in der Altstadt von Jerusalem. Dort war ein 32-jähriger Palästinenser, der durch seinen Autismus behindert ist, auf dem Weg in seine Förderschule. Er fiel den Sicherheitskräften auf, weil er etwas in der Hand trug. Als er auf Zuruf nicht reagierte und wegzulaufen begann, gab einer der Polizisten elf Schüsse auf ihn ab. Die Polizisten stellten dann fest, dass er keine Waffe bei sich trug. Sein Name ist Eyad Hallaq. Die Nerven in Israel liegen derzeit bloß. Für eine besondere Erhitzung der Spannungen sorgen die im Juli geplanten Annexions-Pläne Netanyahus. Die Protestaktionen der Palästinenser mehren sich im Vorlauf dieser Ereignisse, und die Gewaltbereitschaft ist auf beiden Seiten deutlich angestiegen. Die Kontexte der Polizei-Opfer in den USA und in Israel sind ähnlich und verschieden. In beiden Fällen handelt es sich nicht um singuläre Unfälle, die von allen empathisch als tragische Ereignisse eingestuft werden, sondern um eine durch Rassismus oder Besatzungspolitik begründete systemische Gewalt. Wo wird hingeschaut, wo wird weggeschaut? Welches Ereignis hat die Chance, etwas zu bewirken und in Erinnerung zu bleiben? Gideon Levy hat das Problem auf mutige Weise aufgegriffen. Die Überschrift seines Kommentars in *Haaretz* lautet: »Ein Schwarzer in Amerika zu sein, sollte kein Todesurteil bedeuten. Und wie ist das damit, Palästinenser zu sein?« (Being Black in America Shouldn't Be a Death Sentence. What About Being Palestinian?).

Noch ein kurzes Schlusswort, das uns nach Deutschland und zu unserem Problem des Antisemitismus zurückbringt. Drei Wochen nach dem Attentat auf Hrant Dink nahm ich in Istanbul an einer Tagung der Böll-Stiftung teil. Dink hatte diese Tagung zum Thema »Von der Last der Vergangenheit zu sozialem Frieden und Demokratie« noch selbst mit vorbereitet. Auf dieser Tagung habe ich 2007 einen Satz gesagt, der es sogar in die türkische Tageszeitung Hürriyet geschafft hat. Mit Blick auf den Trauerzug für Hrant Dink und die Zeichen der Trauer, Empathie und Solidarität, die sein Tod in der türkischen Gesellschaft ausgelöst hat, sagte ich: »Ich stellte mir einmal vor, dass nach dem Pogrom am 9. November 1938 in Deutschland, als 1.400 Synagogen zerstört, Tausende Juden aus ihren Wohnungen und Geschäften gezerrt, zusammengeschlagen, gedemütigt und deportiert worden sind, in deutschen Städten Tausende nicht-jüdischer Deutscher auf die Straße gegangen wären mit Schildern: >Wir sind alle Juden<.« Wäre so etwas tatsächlich passiert, hätte Hitlers Obsession der sogenannten »Endlösung« und ihre willige Vollstreckung schwerlich in die Tat umgesetzt werden können. Stattdessen herrschte in ganz Deutschland damals das Gegenteil: das betretene Wegschauen und das erschreckte oder gleichgültige Schweigen.

1 Mercedes Bunz: Die stille Revolution, Berlin: Suhrkamp Verlag 2012.